

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 4

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 110.

Donnerstag, den 12. Mai 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Achtet auf die Wählerlisten!

Parteigenossen, Arbeiter!

Agitiert dafür, daß jeder Wähler Einsicht in die Wählerlisten nimmt, welche vom 18. Mai an ausliegen werden! In jeder Werkstelle, auf jedem Bau, im Bekanntenkreise, überall müßt Ihr auf die Nothwendigkeit hinweisen und nicht locker lassen, bis auch die Säumigsten ihre Pflicht gethan haben. Parteigenossen, aufgepaßt!

## Der Schutz der Wahlfreiheit.

(Ausschneiden und Aufheben.)

Wir veröffentlichen im Wortlaute die Grundsätze, die für die Wahlprüfungskommission und den Reichstag bei Wahlprüfungen zum Schutze des Wahlheimnisses und der Wahlfreiheit maßgebend gewesen sind. Da heißt es:

Das Wahlheimnis wird dadurch verletzt, daß die Mitglieder des Wahlvorstandes den Stimmzettel offen annehmen und selbst zusammenfalten, den übergebenen Stimmzettel zur Ermittlung des Namens des Wahlkandidaten ganz oder theilweise öffnen, denselben an eine bestimmte Stelle der Urne legen, die Stimmzettel in zwei Urnen oder in abgetheilte Räume der Wahlurne legen; daß die Mitglieder des Wahlvorstandes im Wahllokale Stimmzettel vertheilen, bevor ihre Thätigkeit im Wahlvorstande beendet ist; ferner dadurch, daß auf dem Tische des Wahlvorstandes die Stimmzettel nur einer Partei oder in der Weise die Stimmzettel mehrerer Parteien zur Entnahme für die Wähler ausgelegt sind, daß die Mitglieder des Wahlvorstandes die Stimmabgabe kontrollieren können. Eine Verletzung des Wahlheimnisses liegt ferner vor, wenn der Tisch mit Wahlzetteln vor der Eingangstür in das Wahllokale so aufgestellt ist, daß der Wahlvorsteher vom Wahlstische aus die Entnahme der Wahlzettel von diesem Tische kontrollieren konnte und kontrollirt hat.

Das Wahlheimnis und die Wahlfreiheit werden dadurch verletzt, daß den Wahlberechtigten vermögensrechtliche Nachteile oder Ehrenfolgen vor der Stimmabgabe wegen der Abstimmung für eine Partei in Aussicht gestellt und in Verbindung damit ihre Stimmabgabe in solcher Weise beeinflusst worden ist, daß sie annehmen mußten, es werde erkannt, wen sie wählen. Als unzulässig wurden die Stimmen der Wähler erklärt, denen mit Arbeitsentlassung oder Wohnungs kündigung gedroht worden war und deren Abstimmung seitens einer Aufsichtsperson durch Begleiten bis zur Wahlurne oder durch Begleiten bis zum Wahlzimmer sowie durch die Nöthigung, den Stimmzettel hochzuhalten oder in einer bestimmten Hand zu tragen, kontrollirt worden war.

Ferner wurden Stimmen kassirt, wenn Besitzer von landwirthschaftlichen oder gewerblichen Unternehmen oder ihre Aufseher, Verwalter, Steiger oder sonstigen Organe ihre Arbeiter mit Stimmzetteln — auch vor dem Wahllokale — für einen bestimmten Kandidaten versehen und dann die Arbeiter auf dem Gange zur Wahlurne derartig kontrollirt, daß die Abgabe anderer Stimmzettel nur schwer möglich war. Mit Rücksicht darauf, daß sich Arbeiter wegen dieser Kontrolle von der Abstimmung abhalten ließen, kam in Frage, ob nicht die nicht abgegebenen Stimmen des Wahlkreises dem unterlegenen Kandidaten zuzuzählen seien.

Eine die Wahlfreiheit beeinträchtigende Beeinflussung wurde in der Thätigkeit der staatlichen und kommunalen Beamten zu Gunsten eines bestimmten Kandidaten gesehen, wenn dieselbe einen Umfang angenommen hat, daß daraus zu folgern war, die Staatsregierung wünsche die Wahl dieses Kandidaten. Bei dieser Art der Wahlbeeinflussung ist gleichgültig, ob der agitirende Beamte polizeiliche Befugnisse hat oder nicht. Eine Kandidatur wurde als offizielle angesehen, wenn die Gemeindevorsteher auf an sie gerichtete Anweisung des Landraths für einen bestimmten Kandidaten agitiren oder wenn sie durch die Gemeinbediener Stimmzettel für einen Kandidaten vertheilen ließen.

Die Wahlfreiheit wird unzulässig beeinflusst, wenn Landräthe, Landrathsamts-Verwalter Wahlauftrüge zu Gunsten einer bestimmten Partei oder eines bestimmten Kandidaten unter Beifügung ihres Amtscharakters unterzeichnen; auch ohne öffentliches Auftreten Gemeinden oder Privatpersonen für den Fall einer bestimmten Stimmabgabe Vortheile oder umgekehrt Nachteile in Aussicht stellen; wenn sie in Kreis- und Gemeindevorstellungen, in den Sitzungen der landwirthschaftlichen Vereine und in ähnlichen Versammlungen oder in Zirkularen für oder gegen eine Kandidatur Stellung nehmen; wenn aus ihren Büreaux Stimmzettel oder Flugblätter zur Versendung gelangen derart, daß die Herkunft der Letzteren erkannt werden kann. Dasselbe gilt für andere Beamte mit obrigkeitlicher Gewalt. Insbesondere liegt eine unzulässige Wahlbeeinflussung vor, wenn Distriktskommissare für einen bestimmten Kandidaten eintreten. Das gleiche gilt für alle Beamten, die zu Gunsten einer bestimmten Kandidatur an die ihnen unterstellten Behörden oder Beamten in Schreiben sich wenden, sofern die Letzteren nicht zweifellos als private kenntlich sind. Es liegt ferner eine unzulässige Wahlbeeinflussung vor, wenn Gemeindebeamte oder Genbranten oder Amtsvorsteher durch Gemeinbediener Stimmzettel zu einer Zeit konfiszieren, wo deren Neubeschaffung und rechtzeitige Vertheilung vor der Wahl nicht mehr gut thunlich war.

Es ist eine unzulässige Wahlbeeinflussung, wenn Bürgermeister, die mit Polizeigewalt beauftragt sind, einen Kandidaten aufstellen, Unterschriften unter ein an diesen gerichtetes Schreiben, worin sie ihn um Ausnahme der Kandidatur ersuchen, von anderen sammeln, Wahlzettel verschicken, gegnerische Stimmzettel konfiszieren, Wählerversammlungen von Eingewiesenen ihrer Bürgermeistereien zusammenberufen und in solchen die Wahl eines Kandidaten empfehlen, wenn sie Gemeinbediener mit der Vertheilung von Stimmzetteln oder Flugblättern beauftragen; wenn Gemeinbediener und andere Gemeindebeamte solche Aufträge ausführen oder auch ohne amtlichen Auftrag solche Handlungen vornehmen, sofern sie bei deren Vornahme mit amtlichen Abzeichen versehen oder in Amtskleidung sind. Insbesondere ist dies der Fall, wenn sie in dieser Weise gegnerische Stimmzettel in den Häusern abfordern, mit gewerblichen oder anderen Nachtheilen drohen. Das Gleiche gilt, wenn Lehrer in der Schule Stimmzettel an die Schüler zur Uebermittlung an deren Eltern vertheilen oder den Eltern drohen, ihren Kindern den Schulurlaub zu verweigern, wenn sie einen bestimmten Kandidaten wählen.

Wähler, haltet überall darauf, daß diese Grundsätze zum Schutze der Wahlfreiheit genau befolgt werden! Wird irgend ein solcher Grundsatz verletzt, so ist es gut, auf die vorstehenden Bekanntmachungen der Wahlprüfungskommission öffentlich hinzuweisen. Zugleich haben genaue Aufzeichnungen zu erfolgen über Ort und Zeit des Vorkommnisses und der Personen, die sich einer unzulässigen Wahlbeeinflussung schuldig machen, zugleich unter Angabe von Zeugen.

Auf Grund dieser Aufzeichnungen ist alsdann gegebenenfalls Wahlprotest an den Reichstag zu richten, um entweder die Ungültigkeit der mittels solcher Wahlbeeinflussungen herbeigeführten Wahl zu veranlassen oder mindestens einen Reichstagsbeschluss, auf Grund dessen eine amtliche Untersuchung des Vorkommnisses statzufinden hat.

## Unfall und kein Ende.

Nachdem schon der „große Staatsmann“ der Freisinnigen, Herr Eugen Richter, sich in der chinesischen Frage durch die „schwerwiegenden Gründe“ der Herren Minister und Admirale hat unstimmen lassen, sind nun auch die Demokraten zuguterletzt noch umgefallen und ihr Vertreter hat in der Budgetkommission die fünf Millionen des Nachtragsetats für Kiautschou bewilligt. Die Reden des Herrn Staatssekretärs v. Bülow und des Herrn Admirals Tirpitz haben, so meldete damals die „Frankfurter Zeitung“, einen so guten Eindruck gemacht, „daß die Bewilligung

des Nachtragsetats als Pauschquantum nur von den Sozialdemokraten verweigert wurde. Auch Herr Gallier von der deutschen Volkspartei stimmte dafür.“

Das müssen ja gewaltige Redner vor dem Herrn sein, die Herren v. Bülow und Tirpitz! Gegen sie war Bismarck offenbar ein Waisenknecht. Der hätte sich Lunge und Zunge herausreden können und hätte keinen Demokraten belehrt; man hat wenigstens niemals etwas von solchen Belehrungen vernommen. Bei den Freisinnigen war so etwas schon eher möglich. Aber solche Wunder wie die Bülow und Tirpitz hat der „Herkules des Jahrhunderts“ niemals fertig gebracht, namentlich nicht gegenüber dem grimmen Eugen, der sonst sich viel darauf zu Gute gethan hat, in seiner Opposition unüberwindlich zu sein.

So war es also die Sozialdemokratie ganz allein, die unbeugsam blieb und dem deutschen Volke nicht zumuthete, für das chinesische Abenteuer Millionen auszugeben.

Welch' ein Aufgebot von Entrüstung, Hohn und Ironie ist in der bürgerlich-demokratischen und freisinnigen Presse nicht über das chinesische Unternehmen ausgegossen worden! Und nun bewilligen sie Alle, Alle — die Sozialdemokratie ausgenommen. Damit fällt Alles, was die Demokraten und Freisinnigen über Weltpolitik und Großmachtspolitik gesagt haben, wie mit Keulenschlägen auf sie selbst zurück. Die Sozialdemokratie aber kann durch diesen Umfall der bürgerlichen Opposition im Volke nur gewinnen und die Herren Demokraten wird es nun nicht mehr gelingen, in ihrer bramabastirenden Art zu sagen, in politischen Dingen hätten wir ihnen nur abgequackt, wie sie sich geräuspert und wie sie gespuckt!

Wie schon des Oesteren dargelegt worden, wird es bei den fünf Millionen nicht sein Bewenden haben. Auch hier wird, wie bei der Flotte, ein dickes Ende nachkommen. Was dann?

Wir haben in den Reden des Herrn von Bülow und Tirpitz vergebens nach der überzeugenden Kraft gesucht, mit der die bürgerliche Opposition ihren neuen Anfall beschönigen könnte. Herr von Bülow führte, geistreich wie immer, aus, England und Rußland hätten sich ja ein Fenster (!) in China geöffnet, um in die Wellen des Golfs von Petchili hinabzublicken. „Hoffentlich“ werde es dabei keine Fraktionen geben und Deutschland werde keine solchen Veranlassungen. Ist eine solche Erklärung denn von besonderer Bedeutung? Tirpitz kündigte an, daß Kiautschou Schutzgebiet sei, daß man dort Steuern erheben werde; er sprach von Molenbauten, Löschplätzen, Lagerplätzen und Vermessungen. Er theilte auch mit, daß man die Befestigungen nicht vermehren werde. Die wirtschaftliche Entwicklung stehe im Vordergrund.

Der Bericht des Geschwaderchefs enthielt an bemerkenswerthen Mittheilungen nur, daß die um Kiautschou liegenden Dörfer den Preis des Grund und Bodens um das Fehnfache gesteigert haben und daß ihnen daher der Gouverneur die Preise diktiert hat. Dazu werden die Chinesen wohl lange Gesichtser machen. Alsdann wurde die Wucht von Kiautschou als Sommerfrische gepriesen. (!) Auch theilte der Geschwaderchef mit, daß der Gouverneur durch ein Dekret die Arbeitslöhne um 25. Prozent herabgesetzt habe.

Und wegen dieser Dinge ein Unfall!

Auf allgemeine Redewendungen ist wenig zu geben und der Ausspruch des Herrn Tirpitz, die wirtschaftliche Entwicklung stehe im Vordergrund, ist eine solche. Sollte dennoch hier der Zauber liegen, der auch Demokraten, die sonst mit latonischer „Mannhaftigkeit“ und „Unentwegtheit“ tapfer gewappnet sein wollen, so plötzlich schwankend gemacht hat?

Unsere Bourgeoisie bedarf neuer Absatzgebiete — das ist bei der Ausdehnung der Industrie, bei dem Erstehen stets neuer Produktivkräfte ganz natürlich. Ob sie, was sie sucht, in China finden wird, ist eine andere Frage; es wird von Leuten, die es wissen können, auf das Entschiedenste bestritten. Jedenfalls muß erst die Probe gemacht werden.

Wenn die deutsche Industrie in Europa gegenüber der französischen und englischen bedeutende Erfolge aufzuweisen hat, so ist es denn doch noch nicht ausgemacht, daß in Ostasien das „made in Germany“ so aufgenommen werden wird, wie in Europa, in Anbetracht

ber ganz anderen Verhältnisse. England und Rußland sind dort ganz andere Gegner resp. Konkurrenten.

So mag in der Budgetkommission die Demokratie und der Freisinn mit dem Bourgeois durchgegangen sein.

Was von Anfang gegen das chinesische Abenteuer eingewendet worden ist, haben die Erklärungen des Ministers und des Admirals nicht abgewächt. Daß durch die Konkurrenz der Mächte in China die Gefahr internationaler Verwickelungen gesteigert worden ist, davon sind wir heute noch so überzeugt, wie jemals. Man spreche uns nicht immer davon, daß Deutschland erst in zweiter Linie in Betracht komme. Wenn zwischen Rußland, England und Frankreich Konflikte ausbrechen, dann wird Deutschland hinein gezogen.

Man betrachte nur die Wirkung des eben erst ausgebrochenen Seekrieges zwischen der nordamerikanischen Union und Spanien. Das sind keine Seemächte ersten Ranges. Und dennoch liegt die Gefahr, daß sie mit anderen Mächten in Konflikt gerathen, außerordentlich nahe, weil der Handel anderer Staaten empfindlich unter dem „Durchsuchungsrecht“ der kriegsführenden Theile leiden muß. Wie leicht kann es da zu einem Verstoße gegen die völkerrechtlichen Bestimmungen kommen und dann ist der Konflikt da. Wenn aber erst einmal zwischen zwei großen Seemächten ein Krieg ausbricht, dann können die anderen nur sehr schwer neutral bleiben. Wir leben in der That im Zeichen des Verkehrs; aber der Verkehr ist auch Lebensbedingung geworden und verträgt auf die Dauer keine größeren Störungen.

Auch nehmen wir die Frage der Konkurrenz der gelben Rasse nicht so leicht, wie sie Andere zu nehmen scheinen. Diese Konkurrenz kann sich dadurch äußern, daß, wenn die „wirtschaftliche Entwicklung“ in Siam sich geflingt, dort deutsche Kapitalisten mit chinesischen Arbeitskräften dem geliebten Vaterlande Konkurrenz machen. Dies ist der weniger schlimme Fall; der weit schlimmere wäre, wenn chinesische Arbeitskräfte für Landwirtschaft und Industriemassenhaft bei uns importiert würden.

Wenn der nächste Reichstag eine reaktionär-agrarische Majorität bekommt, dann wird man die billigen ausländischen Lebensmittel absperrt und den billigen ausländischen Arbeitskräften die Thore weit öffnen. Anzeichen dafür sind genug vorhanden. Was soll dann aus jenen unter unseren einheimischen Arbeitern werden, die von der gelben Rasse aus der Arbeit verdrängt werden?

Hier heißt es: principiis obsta (man muß gleich von Anfang an entgegenwirken), wenn man sich nicht an dem, was später kommt, zum Mitschuldigen machen wird. Das hätte auch die bürgerliche Opposition einsehen müssen. („Münchener Post“.)

## Die Lage in Italien.

Aus Mailand wird vom 7. Mai offiziell gemeldet: Heute fanden an verschiedenen Punkten der Stadt Ansammlungen von Arbeitern statt. Die industriellen Etablissements wurden geschlossen, der Pferdebahnbetrieb eingestellt. Die Arbeiter versuchten, die Abfahrt der zu der Fahne einberufenen Soldaten der Jahressklasse 1873 zu verhindern; doch kam es, abgesehen von dem verspäteten Abgang einiger Eisenbahnzüge zu keinen ernstlichen Unzuträglichkeiten.

An verschiedenen Punkten der Stadt nahmen die Ansammlungen später einen drohenden Charakter an. In der Straße Corso di Venezia wurden Barrikaden errichtet, um die Bewegungen der Kavallerie zu hindern. Die Aufständischen stürzten einen Pferdebahnwagen um und plünderten das Palais Saporiti, dessen Möbel zum Bau von Barrikaden verwendet wurden. Auch hier gaben die Truppen Feuer; einer der „Aufständischen“ wurde getödtet, mehrere verwundet. In der Dreifaltigkeits-Straße wurden Dachziegel von den Häusern auf die Truppen geworfen. Die Truppen gaben Feuer, zwei Personen wurden getödtet, einige verwundet. In der Corridors-Straße und auf dem Cathedralplatz, die ebenso wie die übrigen Hauptpunkte der Stadt militärisch besetzt sind, kam es zwischen den Aufständischen und dem Militär zu Zusammenstößen. Ueber die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Nach Zeitungsberichten waren beim Kampfe Frauen und Mädchen die Leidenschaflichsten. Sogar ein kleiner Junge, den man auf einem Dache beim Steinwerfen (!) erwischt, wurde augenblicklich niedergeschossen. Besonders heftig war der Straßenkampf bei der Barrikade an der Porta Ticinese. Eine große Zahl Todter liegt in den Straßen. Laut einer Depesche aus Tortona gingen nach Mailand 25 Offiziere und 1100 Mann Verstärkung ab. Alle sozialistischen und republikanischen Vereine wurden aufgelöst.

Wolff's Telegraphen-Bureau meldet noch vom 7. Mai aus Mailand: Vormittags wurden mehrere Häuser an der Porta Venezia geplündert. Das Militär zerstörte die Barrikaden in der Via Torino, auf dem Corso Venezia und an anderen Stellen der Stadt. Von den Aufständischen sind zahlreiche Todte und verwundet. Alle Arbeiter sind in den Aufstand getreten. Auf Grund eines Artikels des republikanischen Blattes „Italia del popolo“ (das Italien des Volkes) wurden dessen Direktor und mehrere Redakteure sowie der Deputierte De Andreis verhaftet. Die heutigen Unruhen hatten den Charakter einer wirklichen Revolte. Die Barrikaden wurden von den Truppen sämtlich zerstört. Es bestätigt sich, daß die Aufständischen zahlreiche Todte und Verwundete hatten, andererseits sind auch von den Soldaten mehrere ver-

wundet und in die Hospitäler gebracht worden. Jetzt herrscht im Innern der Stadt keine Unruhe mehr. Der Stabskommandierende des Armeekorps hat gemäß der Proklamation des Belagerungszustandes die Funktionen als außerordentlicher königlicher Kommissar übernommen. Heute Nacht und Morgen früh werden Truppenverstärkungen eintreffen.

An den Stadthoren Mailands halten Truppen die Landleute und Arbeiter der Umgegend zurück, damit die Schaar der „Ruhestörer“ nicht vergrößert werde!!! Viele Fremde verlassen die Stadt. Fahrkarten nach Mailand werden nicht ausgegeben.

So feiert Rudini das Revolutionsjubiläum, er schlägt die Hungerproteste der Ausgebeuteten mit Waffengewalt nieder. Erst provoziert die Deutegesellschaft der Regierenden, der Klingen der Panaminoabenteurer die bedrückte, betrogene, ausgeplünderte Masse, und dann läßt er schießen.

Vom 8. Mai wird aus Mailand gemeldet: Durch den Streik der Drucker konnte die Proklamation des Belagerungszustandes erst in der Nacht durch Anschlag zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden. Der Abend und die Nacht verliefen ohne größere Zwischenfälle; nur an der Porta Venezia und an der Porta Vittoria, wo mehrere Wagen der Straßenbahn in Brand gesteckt wurden, kam es zu Zusammenstößen. Ein großer Theil der Stadt blieb im Dunkel infolge der Beschädigungen der elektrischen Leitungen. Der Bahnhof ist stark besetzt. General Bava, der Präsekt und der Bürgermeiester veröffentlichten Proklamationen, worin sie zur Ruhe auffordern. Zahlreiche Truppenverstärkungen treffen fortwährend ein. Zur schnellen und vollständigen Wiederherstellung der Ordnung sind die strengsten Anordnungen getroffen.

Unser Mailänder Korrespondent schreibt vom 7. ds.: Nicht umsonst empfahl Rudini im geheimen Rundschreiben den Polizei- und Militärbehörden, bei Hungerkrawallen unerbittlich scharf zu feuern. Zwei Verhaftungen vor der Gummivarenfabrik Pirelli (2400 Arbeiter) gaben gestern zu einer Revolte Veranlassung, die 3 Todte und 20 Verwundete zur Folge hatte. Seit heute Mittag ist die Stadt in Belagerungszustand. Die Zusammenstöße mit dem Militär dauern fort. Alle Läden sind geschlossen. Pferdebahnwagen dienen als Barrikaden. 50 Todte und Hunderte von Verwundeten werden ins Spital gebracht. Brodpreisreduktion und Aufhebung des Stadtpolls vermochte die Gemüther nicht zu beruhigen. Soldaten der einberufenen 73er Klasse protestiren öffentlich dagegen, Schergendienste gegen ihre Brüder zu leisten. Alles Militär ist auf den Beinen, die Kanonen sind auf dem Domplatz postirt. Aller Verkehr ist unterbrochen. Hochrufe auf die Republik werden in den Straßen laut.

Aus Monza meldet man vom 8. Mai: Gestern kam es zu Demonstrationen, die bezweckten, die Abreise der zu den Waffen einberufenen Reservisten zu verhindern. Die Truppen schritten ein. Drei Aufständische wurden getödtet, 15 verwundet. Auch ein Offizier wurde verwundet.

Der Präsekt von Florenz hat seine Demission eingereicht, weil der Belagerungszustand über diese Stadt verhängt worden ist.

Aus Florenz meldet man vom 7. Mai: Gestern kam es auf dem Viktor Emanuel-Platz zu Unruhen. Da aus der Menge Steine gegen die bewaffnete Macht geschleudert wurden, gab lebhafte Feuer. Eine Person wurde getödtet und sieben verwundet; ferner wurden 54 Verhaftungen vorgenommen.

Der kommandierende General des 8. Armeekorps (Toscana) Heusch ist mit der Uebernahme der Leitung der öffentlichen Sicherheit im Gebiete seines Kommandos beauftragt.

Die amtliche Telegraphen-Agentur Stefani verkündet am 7. Mai: „Die bis heute Abend 6 Uhr der Regierung zugegangenen Depeschen stellen fest, daß, abgesehen von Mailand, in keinem anderen Orte des Königreichs die Ruhe gestört worden ist.“

Aus Livorno vom selben Tage: Die Unruhen wiederholten sich hier gestern Abend in der Via Cavalieri. In deren Verlaufe wurde eine Zivilperson getödtet, und eine verwundet. Heute werden die Bäckereien von der bewaffneten Macht beschlagnahmt. Gestern hat hier ein allgemeiner Ausstand der Arbeiter begonnen.

Aus Rom wird vom 8. Mai gemeldet: Nach Meldungen, die der Regierung bis 6 Uhr Abends zugegangen sind, herrscht nunmehr überall „Ruhe.“ In Mailand ist der Widerstand der Aufständischen an der Porta Ticinese niedergeschlagen. General Bava ordnete an, daß morgen sämtliche Fabriken wieder geöffnet werden sollen. Die Ankunft von Truppenverstärkungen dauert fort. Es sind viele Verhaftungen vorgenommen worden.

Derweil die „Unterthanen“ des Königs Umberto niedergeschossen werden, weil sie so frech sind, Hunger zu haben, befehlt die Stadt Turin die fünfzigjährige Erinnerungsfest der Eröffnung des italienischen Parlaments. Der König hielt eine Rede, in der er die Stirn hat zu sagen: „Als Hüter der Freiheit Italiens habe ich mich in Ihrer Mitte einfänden wollen, stolz darauf, die Königskrone in Rom geerbt zu haben.“ Der „Hüter“ läßt auf „sein“ Volk schießen... „Da ich weiß, wie viele Opfer Italien die Einigkeit und die Freiheit kosten, wird es sie stets eifervollt zu bewahren wissen. Die Schmerzen, welche ich als Italiener und König in dem gegenwärtigen Augenblicke empfinde, werden gemildert durch den Glauben, den wir an die Zukunft des Vaterlandes bewahren müssen.“

Die Leiden des Volkes rufen die Sorge meiner Regierung wach; aber ich fühle es, das Parlament und das Land werde sich, wie immer, um mich scharen und ich vertraue darauf, daß die Vertheidigung der höchsten nationalen Interessen fest aufrecht erhalten werden wird. Das Volk hatte und hat in meinem Hause einen Dolmetscher seines Denkens und mein Haus war und ist noch aufgebaut auf dem Vertrauen des Volkes. Durch diese innige Harmonie werden unsere Einrichtungen sich stets fruchtbringender gestalten für die Größe und das Wohl des Landes.“

In Mailand Barrikaden und Todte, in Monza fließt Blut, das ist „die Sorge meiner Regierung“, die das Volk auspowert und füllirt.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Reichstagspräsidium. Wie wir nach einer Mittheilung der „Köln. Volksztg.“ berichtet haben, hat der seitherige Präsident des Reichstages, Freiherr v. Buol, die Wiederannahme einer Kandidatur für den Reichstag definitiv abgelehnt. Die „Germania“ bemerkt zu dieser Mittheilung, daß sie erst Anstand genommen habe, dieselbe zu veröffentlichen. Dann schreibt sie weiter:

„Aberdings hat Freiherr von Buol schon vor längerer Zeit und wiederholt die Absicht geäußert, ein Mandat zum Reichstag nicht wieder anzunehmen und vielleicht mag das auch in den letzten Tagen wieder geschehen sein. Wir hoffen indessen, daß Freiherr v. Buol sich, den Wünschen seiner Fraktionsgenossen und wohl der gesammten Zentrumspartei im Reich folgend, zur Wiederannahme einer Kandidatur entschließen wird. Wohl wissen wir, daß ihm seine richterliche Berufstätigkeit die bevorzugte Lebensaufgabe ist, und daß die Stelle eines Reichstagspräsidenten mit hohen Ehren zwar, aber auch mit großer und anstrengender Arbeit und mit manchen Unannehmlichkeiten verknüpft ist. Freiherr von Buol hat sich nicht zu diesem Ehrenposten gedrängt, sondern die Uebernahme des Reichstagspräsidiums als ein Opfer betrachtet, welches er seinen politischen Freunden und der Zentrumspartei, nicht minder aber auch dem deutschen Vaterlande nicht verweigern konnte. Seine kundige, gerechte und unparteiische Leitung der Geschäfte des Reichstages ist auf Seiten des Reichstages rühmend anerkannt worden. Er hat diese Ehrenstelle zum Beispiel aller Parteien angeschlossen, man wird vielfach bekennen, daß Herr von Buol nicht wieder kandidiren will.“ — so sagt sogar der sozialdemokratische „Vorwärts“, obwohl Freiherr von Buol den sozialdemokratischen Rednern gegenüber die Disziplin und parlamentarische Ordnung des Hauses vielfach zu wahren sich veranlaßt sah. Würde Freiherr von Buol auch jetzt wieder durch die Annahme einer Reichstagskandidatur ein großes Opfer bringen, ein größerer Dank würde ihm dafür von Seiten der ganzen Zentrumspartei zu Theil werden. Wir müssen unseren vortheilhaften Reichstagspräsidenten wieder haben“, würde Windthorst in diesem Falle kategorisch erklärt haben, und das ganze katholische Deutschland denkt und wünscht dasselbe.“

Wir unterschreiben das Urtheil des „Vorwärts“ über die Geschäftsführung des Herrn von Buol, müssen aber der „Germania“ bemerken, daß derselbe nicht Anlaß halte, speziell oder in besonderem Maße grade den Sozialdemokraten gegenüber die „Disziplin und die Ordnung des Hauses“ zu wahren.

Ueber das neue Reichstagspräsidium wird der „Ragdeb. Btg.“ aus Berlin geschrieben:

„Zu antworteten Kreisen zweifelt man nicht daran, daß vom Zentrum auch im nächsten Reichstag der erste Präsidialposten wieder beansprucht werden wird, vorausgesetzt natürlich, daß es auch ferner die stärkste Reichstagsfraktion bleibt. 1895 haben sich allerdings gegen die Uebernahme jenes Postens durch die Vertreter einer konfessionellen Minorität mehrfach Bedenken im eigenen Lager geltend gemacht; wie es heißt, bestand aber Herr v. Buol auf der Behauptung wenigstens des bisher von ihm innegehabten ersten Vizepräsidiums, und da dies nach dem Rücktritt des Herrn v. Develow für unhaltbar galt, stellte man sich ohne einige Zweifel Herrn v. Buol an den verantwortlichsten Posten des Reichstages. Die Verantwortlichkeit gebietet das Eingeständniß, daß, abgesehen von den Hemmnissen seines Geschlechts, der kirchliche Präsekt sein Amt im Gange amfichtig und taftvoll gehandhabt hat. Jedoch nimmt bekanntlich gerade ein solches Leiden häufig mit dem Alter zu, und somit verzichtet Herr v. Buol im doppelten Sinne auf die Wiederwahl; 1908 oder auch noch früher kann er dann ja wieder ein einfaches Reichstagsmandat annehmen. Für seinen Präsidialnachfolger würde nach Kapazität und Erfahrung wohl der bisherige 2. Vizepräsident Dr. Spahn der berufene Mann sein; freilich könnte es einem Zweifel unterliegen, ob das Zentrum ein nicht abeliges Mitglied an die Spitze des Reichstages zu stellen geneigt wäre. (11 Das sich regierungsfähig stehende Zentrum empfindet wohl das Bedürfnis, einen geschmeidigeren Hofmann auf dem Präsidialposten zu bringen. H. d. E.) Andererseits ist unter den Zentrumsmitteln die Auswahl nichts weniger als groß. Man hat auch schon vom dem Herrn v. Hertling gesprochen, der gewiß nicht unzu sagen wäre. Vielleicht findet indes die norddeutsche Zentrumsmehrheit es weniger angezeigt, auf einen Wadewer im Reichstagspräsidium einen in Hessen geborenen Bayern folgen zu lassen, und daneben gilt das Altertögen-Remniger Reichstagsmandat des früheren Bonner Privatdozenten und jetzigen Münchener Professors keineswegs für unbedingt sicher.“

Die Reichstags-Wählerlisten, welche vor jeder Wahl acht Tage lang zur Einsicht der Betheiligten auszulegen sind, werden nicht nur von einzelnen Wählern auf ihre Wichtigkeit geprüft, vielfach lassen die verschiedenen Parteien, namentlich in den Großstädten, die Listen abschreiben, um dieselben für die Agitation zu verwerthen. Eine Neuerung hat jetzt der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. beschlossen, indem er sich bereit erklärte gegen Erstattung der Kosten Abschriften der Wählerlisten anfertigen zu lassen. Die Auslegung der Listen hat dieses Mal am 18. d. zu erfolgen.

Die Zahl der Reichstags-Kandidaten ist jetzt auf nahezu 1300 angewachsen. Bei Vielen ist es unmöglich, eine eigentliche Parteistellung zu erkennen. Es herrscht eine Buntgedigkeit, wie sie noch bei keiner Wahl beobachtet sein dürfte. Inmitten des Wirrwarrs aber steht die Sozialdemokratie als der feste Kern um den sich Alles schließen wird, was Verständnis für die Aufgaben unserer Zeit, für die Volksinteressen hat.

**Landwehr-Übungen.** Die „Deutsche Tageszeitung“ protestiert gegen die Einziehung von Landwehrlenten zum Wahltag. Sie hält es für selbstverständlich, daß diese Übungen aufgehoben oder hinausgeschoben werden. „Die Fernhaltung unserer Landwehrlenten von den Wahlen würde höchst ungünstig wirken. . . Es würde wesentlich zur Beruhigung beitragen, wenn das Kriegsministerium sich entschließen wollte, entsprechende Bekanntmachungen zu erlassen.“

Es wird nötig sein, daß der nächste Reichstag Fürsorge gegen die Möglichkeit der Einziehung von Reservisten und Landwehrlenten zur Zeit der Reichstagswahl trifft.

**Nationalliberaler Wahlkämpfer.** Eine am Sonntag in Hannover abgehaltenen nationalliberalen Landesversammlung hat einen Wahlausruf beschlossen, der sich aus heuchlerischen Versprechungen an alle Berufsstände zusammensetzt. „Schutz der nationalen Arbeit.“ „Die Interessen der Landwirtschaft müssen bei den Handelsverträgen besser gewahrt werden.“ Dem kleinen und „mittleren Kaufmann, dem Handwerker muß „geholfen“ werden. Die Konkurrenz der Gefängnisarbeit muß beseitigt werden. Die Unterbeamten müssen besser bezahlt werden. Die „Arbeiterfürsorge“ ist fortzuführen u. v. Der Gipfelpunkt jesuitischer Heuchelei aber erklimmt der Ausruf mit folgenden Behauptungen:

„Die Gesetzgebung der letzten Jahre hat von Niemand den Beweis dafür geliefert, daß die nationalliberale Partei mit Erfolg für die Wahrung liberaler Grundsätze eingetreten ist. Sie bleibt die Trägerin des Liberalismus, und zwar eines solchen, der nicht in Theorien lebt, sondern praktische Aufgaben sich widmet. Sie bekämpft jegliche Reaktion, sie steht auf der Warte, wo bürokratische Eingriffe und Verhänge unbefugter persönlicher Beeinträchtigung seitens der Beamten sich geltend machen wollen.“

„Das verfassungsmäßige Wahlrecht, die Gewerbetätigkeit, das Koalitionsrecht, die Freizügigkeit werden von ihr geschützt. Ein dem Grundgesetz bürgerlicher Freiheit entsprechendes Reichsvereinsgesetz wird von ihr gefordert.“

Say für Say, Wort für Wort demagogischer Schwindel.

Einen Boykottausruß erlassen wollen die Agrarier, die sonst bei jedem Boykott seitens der Arbeiter über Terrorismus und womöglich nach dem Staatsanwalt schreien. Die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirthe, die nach ihrer eigenen Angabe „alle großen landwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Körperschaften in Deutschland umfaßt“, hat sich mit dem Verein deutschösterreichischer Thomashosphat-Fabriken über die Bezugsbedingungen für dieses wichtige Düngemittel nicht einigen können. Man hatte sich zwar über die Grundzüge eines neuen Lieferungsvertrages vorläufig verständigt, die Düngersfabriken glauben jedoch bei dem Steigen der Getreidepreise bessere Bedingungen herauszuschlagen zu können; sie haben daher den Vertrag abgelehnt. Darauf ergeht durch die agrarische Bezugsvereinigung an alle Landwirthe folgender Appell:

Nunmehr ist es die Pflicht aller deutschen Landwirthe, zu zeigen, daß sie gewillt sind im Stande sind, ihre eigenen Interessen gegenüber solchem ungewöhnlichen Gebahren zu wahren. Dies geschieht am wirksamsten dadurch, daß sich alle Landwirthe, große und kleine, des Bezugs von Thomasmehl so lange enthalten, bis die Sachlage für die deutsche Landwirtschaft wieder eine günstigere geworden ist. Nur auf diesem Wege kann es gelingen, die Macht unserer Gegner einzuschränken und einer rücksichtslosen Ausnutzung derselben mit Erfolg zu begegnen. Denn nicht die Thomashosphat-Fabriken, sondern die deutschen Landwirthe sind es, die das Thomasmehl verwenden und in Brod umsetzen. Wir halten es für eine Ehrenpflicht aller deutschen Landwirthe, uns in diesem Bestreben mit aller Kraft zu unterstützen. Darum, deutsche Landwirthe, laßt jetzt kein Thomasmehl!

Wenn die Kandidaten des Bundes der Landwirthe während der Wahl über die Brauerboykotts der Arbeiter zetern, wird man gut thun, ihnen ihr eigenes Vorgehen entgegen zu halten.

### Italien.

Vom 9. Mai wird offiziell telegraphirt: „In Stadt und Provinz Rom herrscht andauernd „Ruhe“, nur in Genzano fand gestern Abend eine Kundgebung anlässlich der Brodsteuerung statt. Die Manifestanten bewarfen die „öffentliche Macht“ mit Steinen und versuchten einige Wägereien zu stürmen. Das herbeigeeilte Militär gab Feuer. Zwei der Ruhestörer wurden getödtet, mehrere verwundet. Um dieselbe Zeit fand auch in Pontedera, in der Nähe von Pisa eine „Kundgebung“ statt. Die Menge zog vor die Bürgermeisterei und verlangte Brod und Arbeit. Aber „ungeachtet der Ermahnung der Behörden und den Versprechungen des Bürgermeisters“ setzten die Manifestanten den „Tumult“ fort und bewarfen die Polizei und das Militär mit Steinen. Als die Menge der geschmähten Aufforderung zum Auseinandergehen nicht Folge leistete und fortgesetzt die Truppen mit einem Steinhaapel überschüttete, „wurden“ diese von den Waffen Gebrauch machen. Drei der „Auführer“ wurden getödtet, drei verwundet.“

Der General Bava meldete am 9. Mai, Morgens 7<sup>3/4</sup> Uhr aus Mailand: „Ich theile mit, daß, abgesehen von dem bereits gemeldeten Nachrichten aus Mailand, im Bereiche des hiesigen Korpskommandos der gestrige Tag überall ruhig verlief. Nur in Brescia und Vobit kam es zu „unbedeutenden Kundgebungen“, die sofort, ohne daß irgendwelche Ausschreitungen vorgekommen sind, unterdrückt wurden.“

Ferner meldet der „tapfere“ General: „Ich ordnete heute Vormittag an, daß die industriellen Werkstätten im Innern der Stadt wieder geöffnet würden

und genehmigte die Eröffnung einiger Etablissements in den Vorstädten. Die Nacht verlief vollständig ruhig.“

Heute Vormittag herrschte im Innern der Stadt, wofelbst in allen Werkstätten die Arbeit wieder aufgenommen wurde, vollständige Ruhe.

In Folge der Unruhen in Oberitalien sistirte die Gotthardbahn den Güterverkehr. Güter werden italienischerseits von der Schweizer Grenze ab nicht mehr befördert, Personenwagen nur unter militärischer Eskorte.

Aber es ist „Ruhe“, die Ruhe des Friedhofs, es ist „Ordnung“, die Ordnung des Belagerungszustandes.

Aus Mailand meldet die offiziöse Agentur Stefani vom 9. Mai: Während des gestrigen Tages ereignete sich ein einziger Zwischenfall. Zwischen der Porta Ronforte und der Porta Venecia bildete sich eine Ansammlung, die Revolte wurde aber alsbald unterdrückt und etwa 200 „Ruhestörer“, die in einem Mönchskloster Zuflucht gesucht hatten, wurden verhaftet. Unter den heute Verhafteten befinden sich drei sozialistische Deputirte!!

Und wie erstand diese Mailänder „Revolte“? Der „Frankfurter Zeitung“ wird dazu geschrieben: Am 6. Mai gegen Mittag vertheilten einige Sozialisten im Arbeiter-Quartier Ponte Seveso hinter dem Hauptbahnhofe auf Zettel gedruckte Aufrufe, die zwar eine scharfe Kritik der Haltung der Regierung enthielten, aber im Uebrigen sich damit begnügten, die Arbeiter aufzufordern, sich um die sozialistische Fahne zu scharen, auf welcher geschrieben stehe: „Sieg der Volksrechte, der Freiheit und Gerechtigkeit, Abschaffung aller Vorrechte, Krieg dem Militarismus, Hoch das allgemeine Stimmrecht!“

Zwei der Vertreter wurden verhaftet, worauf Frauen und Kinder und einige Arbeiter vor der Polizeistation tumultuirten. Hierauf wurden zwei weitere Verhaftungen vorgenommen. Jetzt flogen Steine wider die Polizeistation und die Menge wuchs bedrohlich an. Die sozialistischen Deputirten Turati und Mondani intervenirten und ihren Bemühungen gelang es, die Freilassung von drei der Verhafteten zu erwirken, der vierte, ein Arbeiter der Gummiabrik Pirelli, war bereits zur Hauptpolizeistation befördert worden. In Folge dessen setzte sich der Tumult fort bis zum Abend, der Stunde, in der die 2400 Arbeiter der Fabrik Pirelli die Arbeit verließen. Turati meldete den Arbeitern, daß auch der letzte der Verhafteten freigelassen worden sei. Infolgedessen begaben sich fast alle Arbeiter ruhig nach Hause, und alles schien zu Ende.

Nur eine kleine Gruppe Arbeiter verfolgte einige Polizisten, von denen einer mit dem Revolver gedroht hatte. Wieder flogen Steine gegen die Polizeistation, in der sich jetzt auch Soldaten befanden. Der kommandirende Polizeilieutenant parlamentirte mit den Tumultuanten, um den ruhigen Abzug der Soldaten zu bewerkstelligen. In diesem Augenblicke und während die Soldaten auf die Straße traten, soll ein verkleideter Polizist von hinten auf die Menge geschossen haben. Alle übrigen Polizisten und die Truppen schossen jetzt und das Resultat war: Ein Arbeiter sofort todt, zwei tödtlich im Unterleibe getroffen und 14 mehr oder weniger schwer Verwundete, ferner ein Polizist todt und fünf Soldaten durch Steinwürfe verletzt. Wie ein Blick durchsichte die Kunde von dem Vorgefallenen die Stadt, und die Ueberzeugung, daß noch am gleichen Abend ernste Dinge sich vorbereiteten, bemächtigte sich aller Gemüther.

Aus Neapel wird vom 9. Mai gemeldet: Heute fand hier eine Kundgebung statt, bei der versucht wurde, einen Ausstand der Arbeiter der mechanischen Fabrik Deluca herbeizuführen. Die „Ruhestörer“ wurden in der Arenacciastraße auseinandergetrieben, worauf sie sich an anderen Punkten aufs neue zu sammeln versuchten. Am Monte Calvario kam es dabei zum Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht: zwei Soldaten wurden verletzt, von den Ruhestörern ist einer todt.

Hirschs Telegraphen-Bureau meldet vom 10. Mai: In Verona, Padua, Neapel und Bologna fanden Demonstrationen statt. In Bologna herrscht auch unter den Studenten Währung. In Ponteterra kam es zwischen der Volksmenge und dem Militär zu einem Zusammenstoß, wobei es 3 Tödtte und viele Verwundete gab. In Mailand soll es allein 200 Tödtte gegeben haben. Viele Häuser wurden „geplündert.“

Aus Venedig wird vom 10. Mai gemeldet: Der Stadtrath hob die Abgaben auf Mehl auf, weshalb die Brodpreise sehr gefallen sind. Die ganze Garnison, sowie die Marinemannschaften sind in Bereitschaft. 23 Sozialisten wurden verhaftet. In Padua ist die Universität geschlossen worden, ein Professor P., angeblich ein Sozialist, wurde verhaftet. Der General Bava telegraphirte dem sich hier aufhaltenden Großherzog von Baden, daß er ungefährdet nach Mailand kommen könne. Der Großherzog reiste infolgedessen gestern Nachmittag dorthin ab.

### England.

Der Krieg und die Weizeneinfuhr. Der spanisch-amerikanische Krieg macht sich dem englischen Volke in der Gestalt beständig steigender Weizenpreise sehr unangenehm bemerkbar. Da hier alles Weißbrod ist und England nicht mehr wie ungefähr den vierten Theil seines Weizenverbrauchs selbst produziert, ist noch gar nicht abzusehen, wie sich die Preise gestalten werden, falls der Krieg sich noch lange hinzieht oder gar eine Ausdehnung erfährt. Schon jetzt kostet das Quarter (etwa gleich drei Hektoliter) Weizen gegen 60 Schillinge, und die Bestände im Lande reichen höchstens für drei bis vier Wochen aus,

während von dem unterwegs befindlichen „Schwimmenden“ Getreide ein großer Theil nach dem europäischen Festlande geht. Eine erhebliche weitere Preissteigerung ist somit ziemlich wahrscheinlich. Unter diesen Umständen werden wieder alle möglichen Vorküldge laut, das Land gegen Ausbleiben der Zufuhren zu schützen. Auf der einen Seite regen sich die Nachahmer Joseph's von Egypten und propagiren die Idee, daß der Staat bestimmte Mengen von Getreide beständig auf Lager halten soll, um für alle Nothfälle gesichert zu sein, und auf der andern kommen die Schwärmer für Agrarvölle hervor und erklären, daß wenn England durch einen mäßigen Getreidezoll seine Weizenindustrie geschützt hätte, es keine amerikanischen „Corners“ und dergleichen zu fürchten hätte, und schließlich sprechen auch die Bodenreformer ihr Wort mit und machen den Großgrundbesitz und die Bodenrenten für die große Abhängigkeit Englands von fremden Märkten verantwortlich. Am populärsten sind von all' diesen vielleicht im Augenblick die Anhänger der Aufspeicherung von Korn durch den Staat, aber die große Mehrheit der maßgebenden Politiker hält am Geheulassen fest und zieht aus der augenblicklichen Situation nur die Folgerung, daß England seine Kriegsflotte in genügender Stärke erhalten muß, um jeden Versuch der Unterbrechung seines Seeverkehrs mit Erfolg vereiteln zu können. So lange es dazu im Stande sei, werde es besser gegen Hungersnoth gerüstet sein wie durch Schutzvölle oder staatliche Getreideläger. Eine Reform der Bodenbesitzverhältnisse in England gilt aber als völlig utopistisch.

### Lübeck und Nachbargebiete.

11. Mai.

**Achtung, Fischer!** Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Zugug ist streng fernzuhalten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

**Zur Reichstagswahl.** Diejenigen wahlberechtigten Personen, welche ihren Zugug oder letzten Wohnungswechsel dem Meldeamte bisher noch nicht angezeigt haben, müssen diese Anzeige nunmehr ungesäumt machen.

**Arbeitsruhe am Wahltag.** Dem diesbezüglichen Beschluß haben auch die Holzarbeiter gefaßt.

**Herr Adolf Damaschke,** national-sozialer Kandidat für den Wahlkreis Wismar-Oldenburg, gefällt sich seit einiger Zeit darin, Aeußerungen von Segnern, die er nicht verstanden hat, oder, wie uns wahrscheinlicher dünkt, nicht richtig verstehen will, in demagogisch-unehrlicher Weise auszubeuten. Wir verzichten darauf, dem Herrn, welcher die zum Elend oft betonte „Mitterlichkeit“ nur dem Worte nach kennt, in der Presse seine „Erthümer“ klar zu machen. Dazu ist er uns eine viel zu unbedeutende Persönlichkeit. Wir haben ihm das in den öffentlichen Versammlungen zur Genüge besorgt. Durch „unritterlich“ Spiegelschereien wird er seiner Sache nicht nützen.

**Triviale Rebellion** nennt das Amtsblatt die italienischen Hungerrevolten und sagt dann die erbärmliche Verläumdung hinzu, man sehe, daß gewisse Grundsätze schon oft genug wiederholt seien und ihre Früchte zu zeitigen begönnen. — Wir möchten einmal wissen, was der Schreiber jener Zeilen beginnen würde, wenn er einmal 14 Tage verurtheilt wäre, als unfreiwilliger Hungerkünstler zu fungiren. Ein Dankschreiben an die Hüter der bestehenden „Ordnung“ würde er sicherlich nicht verfassen. Wir möchten ferner wohl wissen, wohin wir in Deutschland bisweilen schon gerathen wären, wenn nicht „gewisse Grundsätze“ die unter dem Druck der schlechten Konjunktur leuzenden Massen geleitet hätten. Wir sind des sicher, daß ohne dieselben das kapitalistische Ausbeutungs- und Ausaugungssystem hier schon genau dieselben Früchte gezeitigt hätte, wie in Italien.

„**Acht Kollegen**“ haben nach einem Berichte der „Eiche“ aus Lübeck die Holzirische ihre Kollegen vom Holzarbeiter-Verband titulirt, wie wir zur Erheiterung der Lesarten hier mittheilen wollen.

**Stadelsdorf.** Eine öffentliche Wählerversammlung fand gestern Abend in Maus Lokal statt, in welcher der Kandidat der Sozialdemokratie für den 1. Oldenburger Wahlkreis, Paul Hug aus Bant, über die bevorstehende Reichstagswahl und der Stellung der Sozialdemokratie zu den politischen und wirtschaftlichen Fragen, die bei dieser Wahl vor allen Dingen in Betracht kommen, sprach. Die Versammlung, die gut besucht war, nahm mit großer Aufmerksamkeit den Vortrag entgegen. An der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion nahmen nur Parteigänger des Referenten theil und leider keiner von den anwesenden Segnern. Mit der Aufforderung an die Versammelten, nunmehr mit allem Eifer in die Wahltagation einzutreten und dem üblichen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

**Entin.** Die Wählerlisten werden in der Stadt Entin im Rathhause, in der Landgemeinde Entin im Hause des Gemeindevorstehers Schnauer zu Gotherndorf, in der Landgemeinde Schlin im Hause des Gemeindevorstehers F. Meyer zu Bönik vom 18. bis 26. Mai öffentlich ausliegen. Schriftliche Einwendungen gegen dieselben sind in den beiden erstgenannten Wahlbezirken bis zum 25., im letztgenannten bis zum 26. Mai bei dem Stadtmagistrat bzw. den Gemeindevorstehern unter Beifügung ausreichenden Beweismaterials anzubringen.

\* **Entin.** Rassenverwaltung. An Stelle des mit dem 1. d. M. in den Ruhestand getretenen Landrentmeisters Bahr ist der Landeskassirer Schäffe mit der Wahrnehmung der Stelle eines Buchhalters bei



## Chronik auf das Jahr 1848.

12. Mai.

Abends fand in den Zelten in Berlin eine große Volksversammlung statt, um gegen die Rückberufung des Prinzen von Preußen zu protestieren. Die Versammlung zog im geschlossenen Zuge in die Wilhelmstraße vor die Amtswohnung des Vizepräsidenten Camphausen. Eine Deputation unter Führung des Professors Jung begab sich zum Ministerpräsidenten, bei dem sich auch der Minister Graf Schwerin befand. Herr Camphausen vertrat die Deputation, die Angelegenheit auf's Neue im Minister-rath zur Besprechung bringen zu wollen, worauf sich die Menge bewegen ließ, abzuziehen. Am Palais des Prinzen von Preußen wurde auf's Neue die ausgestellte Singuatur „Nationaleigentum“ angebracht.

## Phrasen, Schlagworte und Lügen der Reaktion.

Beiträge zur Wahlagitation.

I.

Die Feinde der freiheitlichen Entwicklung, die Verfechter der Reaktion, haben sich ein förmliches System von Phrasen, Schlagworten und Lügen konstruiert, deren sie sich in der Erörterung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Fragen bedienen, um die Begriffe zu fälschen, die öffentliche Meinung zu täuschen, die Erkenntnis der Wahrheit im Volke zu verhindern, den Volkgeist zu korrumpieren und so denselben ihren völkfeindlichen Bestrebungen dienlich zu machen.

Besonders im Wahlkampfe, wenn sich um die Erlangung von Reichstagsmandaten handelt, wie gegenwärtig wieder, bringen die Reaktionen diese Phrasen, Schlagworte und Lügen in Anwendung, und zwar hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie, der mit ehrlichen Waffen nicht beizukommen ist. Das nennen sie „geistigen Kampf“, den zu führen ihnen nicht schwer wird, weil sie sich dabei der ausgiebigsten Unterstützung seitens „öffentlicher Autoritäten“ erfreuen, ja, zum Theil selbst solche Autoritäten repräsentieren.

Wir glauben, es dem Volke schuldig zu sein, den Unfug dieser spekulativen politischen Charlatanerie zu enthüllen, der Phrase und dem Schlagwort die That-sache, der Lüge die Wahrheit entgegen zu stellen.

Wie in früheren Wahlkämpfen so versucht auch im gegenwärtigen wieder die Reaktion vorzugsweise mit einer der jämmerlichsten lügnerschen Phrasen „moralische Eroberungen“ zu machen mit der Phrase vom

### „inneren Feind“,

und der „Nothwendigkeit des Kampfes“ gegen denselben.

Unter dem „inneren Feind“ will man die Sozialdemokratie verstanden wissen. Früher rechnete die offizielle Reaktion auch den Ultramontanismus, die Centrumspartei dazu. Das geschieht nicht mehr, seitdem der Kulturkampf vorbei und das Centrum

sich der offiziellen Reaktion dienstbar erwiesen, um Regierungspartei zu werden. Nur die Organe der protestantischen Orthodoxie erheben gelegentlich noch die Beschuldigung gegen das Centrum, daß seine Grundsätze und Bestrebungen unvereinbar seien mit dem „protestantischen Kaiserthum“ und es deshalb als „reichsfeindlich“ erachtet werden müsse. Andererseits erklären nicht selten ultramontane und konservative Organe, daß im Bunde mit der Sozialdemokratie der „Liberalismus“ der „innere Feind“ sei. Die Wissenschaft und die Politik des Liberalismus soll die „Quelle alles Unheils“, besonders auch der „Gottlosigkeit“ und aller „Umsturzideen“ sein. „Was nützt es“ — so sagte vor vier Jahren bei Berathung der Umsturzvorlage im Reichstags ein Centrumsführer — die Sozialdemokratie als den inneren Feind zu bekämpfen, wenn man nicht zugleich auch dem Liberalismus zu Leibe geht? Ist doch der Liberalismus der Vater der Sozialdemokratie.“

In dieser Behauptung steckt nun freilich eine Wahrheit. Mögen die Finsterlinge behaupten, der Liberalismus sei ein „Werk des Teufels“, uns ist er mit seiner Weltanschauung, seiner Wissenschaft, seiner Politik, wie mit seinem Rechts- und Wirtschaftssystem das notwendige, rückwärts seiner Wirkungen gewissenhaft zu wählende Ergebnis der Kulturentwicklung. Aber er bedeutet mit seinen Einrichtungen nicht die höchste Stufe der Entwicklung, zumal er in Erfüllung seiner historischen Aufgaben auf halbem Wege stehen geblieben, ja, vielfach sogar ein Hindernis für die Entwicklung geworden ist. Seine Aufgabe war in erster Linie, die Gleichheit im Staate, die Rechtsgleichheit aller zur Anerkennung und zur Durchführung zu bringen. Diese Aufgabe hat er nur theilweise erfüllt; er hat dann in Wahrung einseitiger wirtschaftlicher Interessen, die sich in der Herrschaft des Kapitalismus begreifen, Halt gemacht vor den Konsequenzen seiner eigenen Prinzipien.

Diese Konsequenzen zieht die Sozialdemokratie. Alles, was an wahrhaft liberalen politischen Forderungen noch der Erfüllung harret, das hat sie in ihr Programm aufgenommen. Zugleich aber verbindet sie mit dem Streben nach voller politischer Freiheit, nach Rechtsgleichheit in echt demokratischem Sinne das Bemühen, eine bessere, eine gerechtere Wirtschafts- und Sozialordnung herbeizuführen; das an der Arbeit gelübte Ausbeutungs- und Verelendungs-system zu beseitigen; das Recht der Arbeit zu praktischer Geltung zu bringen; die wirtschaftliche Gleichheit; die Gleichheit der Existenzbedingungen auf der Basis einer die Herrschaft der Besitzübermacht anschließenden verkünftigen Ordnung zu schaffen.

Wer will leugnen, daß das die Konsequenzen der politischen Freiheits- und Gleichheitsideen des Liberalismus sind? Sie sind's, möge gleich der entartete Liberalismus unserer Zeit es in Abrede stellen. Jedenfalls haben wir keine Ursache, uns verletzt zu fühlen, wenn man die Sozialdemokratie als ein „Kind

des liberalen Geistes“ bezeichnet. Wir lassen das nach Maßgabe des Vorhergesagten gelten und wenden uns nur gegen den Versuch, diesen Geist und die sozialdemokratischen Prinzipien und Bestrebungen mit, als „Ausgeburt alles Schelten“, in Verfall zu thun.

Wenn man sagt, wir seien der „innere Feind“, so verbindet man mit diesem Wort einen Begriff, der den Interessen der reaktionären Elemente entspricht. Es soll glauben gemacht werden, daß unsere Grundsätze und Bestrebungen der Kultur, der Gerechtigkeit, dem Volksinteresse, der Moral und der Ordnung widerstreiten.

In Wahrheit aber richten unsere Grundsätze und Bestrebungen sich gegen die unter dem Schein der Kulturthatsächlich noch vorhandene Unkultur; gegen die Ungerechtigkeiten, die in der Herrschaft des erworbenen Rechts begründet sind; gegen die in Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Volksmassen sich äußernde Sonderinteressen-Wirtschaft herrschender Stände und Klassen, die nun und nimmer als dem Volksinteresse entsprechend erachtet werden kann; gegen die Unmoral, die mit einem zerlumpleten Sittlichkeits-Mantelchen sich schmückt; gegen staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen, die allem dem zur Stütze dienen und trotzdem als die „unantastbare“, wohl gar als die „göttliche Weltordnung“ gepriesen werden.

Der ist nicht „innerer Feind“, nicht Feind des Volkes, der dessen Freiheit und Wohlfahrt will, der muthig den Kampf führt gegen seine Ausbeuter und Unterdrücker! Immer und überall war es ein demagogischer Kniff dieser völkfeindlichen Elemente, die Kämpfer für des Volkes Sache als den „inneren Feind“ zu verdächtigen.

Man braucht aber wahrlich nicht lange zu suchen nach dem wahren, dem wirklichen inneren Feind. Wir sehen ihn ringsum und unablässig thätig.

Diejenigen, welche, im wirtschaftlichen Leben die Herrschaft der Besitzübermacht übend, die Armut, das Elend der arbeitenden Masse für etwas „Selbstverständliches“, ja „Nothwendiges“ halten, und gestützt auf diesen Wahnsinn, rückwärtslos die Volkskraft verwüsten um schnöder Profit such zu genügen — sind Völkfeinde, nicht selten geradezu Verbrecher am Volk!

Diejenigen, welche, wie unsere Schutzkollner, Agrarier u. c., dem Volke, in erster Linie den nothleidenden arbeitenden Klassen, das Brod und sonstige nothwendige Konsumartikel vertheuern um des persönlichen Vorteils willen; die das Volk durch eine ungerechte Zoll- und Steuerpolitik, durch „Liebesgaben“ u. c. sich tributpflichtig machen und erhalten — machen schwerer Sünde wider das Volk sich schuldig!

Die Militärfanatiker, die schonungslos dem Volke immer neue Molochopfer zumuthen; die Byzantiner, die sich mit „Patriotismus“ brüsten,

## Der Jude.

Deutsches Sittengemälde  
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.  
Von E. Spindler.

(83. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Gerhard, um seinen Geschmac in's beste Licht zu setzen, pries nun, eine Larvenkleidung nach der anderen auseinanderbreitend, vor den Blicken des Wählers, die Vorzüge einer jeden mit behaglicher Lust.

„Seht einmal diesen wilden Mann,“ sprach er wohlgefällig lächelnd, „neu, wie er von der Nadel kommt. Schöne gelbe Leinwand, zierliche Schnürlöcher und feine venedische Seidenschnur! Mühte Eurer schönen Gestalt stehen, wie angegossen. Das Bisir dazu ist sorgfältig gemacht und aufgepußt mit den übermäßigen Augenbrauen, Bart und Haarhaube von schwarz gefärbtem Berg. Der Blätterkranz und Laubgürtel, die Keule und die ungeschlachten Geißelschuhe — Alles liegt dabei und kann nicht schöner sein. In dieser Mummerei werdet Ihr allenthalben ein willkommenes Faschingsgast sein, und müßt Euch nur von Jackeln entfernt halten, denn das am Kleide verschwendete Berg und Harz versteht keinen Scherz und man hat Beispiele, daß Leute jämmerlich verbrannt sind in solcher gräßlich schönen Haut. Betrachtet ferner diesen Schalksnarren, und sagt mir, ob Euch ein schönerer Bichelhering noch vorgekommen? Müht nicht auf Wams, Kappe und Unterkleid Grün, Roth, Gelb und Blau durcheinander, als hätte unser Herrgott seinen Regenbogen stückweise darauf geklebt? Wie gefällt Euch der prahlende Fahnenkamm an der Hügelmitze? Was sagt Ihr zu den stattlichen Gelschoren, die an derselben emporragen? Zu den zierlichen Glocken an Ohren, Kamm, Gürtel, Schienbein, Ellbogen, Knie, ja sogar an den hochgekrümmten Schuhspitzen? Was haltet Ihr von der lustigen Frage, die dazu gehört, mit der knotigen Nase und dem klatternden Spitzbart? Seht, Halskragen, Kolbe und Nutze sind nicht vergessen! Weide Anzüge jedoch verdunkelt der,

der uns noch zu besehen bleibt. Der wilde Jäger, den ich jetzt vor Eurer Augen lege, ist das Schönste, was aus Welsner's Werkstatt hervorging — so niedlich und zierlich, als ob es ein Mägenwerk von Nürnberg (Kandidat der Meisterschaft im Schneiderhandwerk), zum Meisterwert bestimmt hätte. Grün wie der lustige Wald das Gewand, golden wie funkender Sonnenschein die Verbrämung, roth wie das Nordlicht der flatternde Mantel. Wie die Mähne des Pferdes fallen die pechschwarzen Haare aus dem Spitzhute, an dem die Fahnenfeder des Jägers Wachsamskeit bezeichnet. Das Jagdmesser blinkt von hellem Welschlage und Elfenbein, der kurze Spieß scheint seine Schärfe in's Mondlicht getaucht zu haben . . .“

„Genug, genug, guter Freund,“ unterbrach ihn vor Lachen beinahe erstickend, Dagobert. „Du bist begeistert von dem Jägerkleide, so daß mir bedünkt, als hättest Du selbst nicht übel Lust, es zum Bestellerlohn für Dich zu fordern.“

„Wo denkt Ihr hin, Juntherr?“ fragte Gerhard, mit begehrlischen Augen das Gewand musternd: „Meiner Frau, hätte ich auch die Lust, so hätte ich doch nicht die volle Tasche, die zu solchem Späße gehört. 's ist ein erbärmlich Leben hier. Ein einzig Stechen hat bis jetzt der Kaiser ange stellt, ein Ringelrennen, auf dem ich wohl den Preis errang; aber — wie bald war die geringe Gabe in den Wind gegangen. Meine Hoffnung ist der Frühling, in dem das lustige Ritterspiel wieder beginnt in voller Pracht. Bis dahin muß ich mich drücken und vergnügt sein mit der Ägung, die mir meine Herren von Frankfurt hier im Engel verabreichten.“

„Armer Schelm!“ verlegte Dagobert: „Solche Ent-sagung fällt Dir schwer. Eine Fastnacht sollte vorübergehen, ohne daß Du darauf der vornehmste Narr gewesen? Nimmermehr. Es bleibt dabei, Du nimmst den wilden Jäger, den ich bezahle, und dessen Sedel ich versehen will, damit seine Kehle nicht trocken bleibe, und ich . . . je nun, ich stecke mich in den Bichelhering; denn zu dem, was ich vorhabe, brauche ich eine Larve, die nicht die einzige ihres Schlages im Gemüthe sei, und

einen Begleiter, herzhaft wie der wilde Jäger, unter dessen Mantel wohl neben dem Jagdmesser eine Raufklinge Platz hat.“

„Hoho! was spricht Ihr da?“ rief Gerhard vergnügt, und umarmte in seines Herzens Freude den jungen Böhmer.

„Larvenspuß, Silber in der Tasche und zum Schluß eine Rauferei? Ihr macht überfelig!“

„Und verlange nichts dafür, als Verschwiegenheit“, erwiderte Dagobert: „Verschwiegenheit und Auffparung Deiner Freude bis zum Faschingsdienstag. Schlenndre bis dahin umher, in welcher Maske Dir's gefällt, den Jäger hebe aber auf, sonst erfährt man vor der Zeit aus Deinem oft allzu sprachseligen Munde, daß Du dahinter steckst.“

„Ich bin ja kein altes Spittelweib“, lachte Gerhard zuversichtlich: „inbessen: Euer Wille geschehe. Mein Freund, der Mundloch aus dem Bischofshofe hat mir den langen Christoph versprochen, um mich darein zu ver-mummern, und ich will mir's gefallen lassen, bis zum Dienstage den Heiligen vorzustellen. Was ist's aber eigentlich, das Ihr vorhabt?“

„Hätte ich Lust, Dir's mitzutheilen“, versetzte Dagobert, „so müßtest Du's bereits.“

Gerhard zuckte mit zweifelhaftem Gesichte die Achseln, wollte reden, schlug sich aber auf den Mund, und empfahl sich durch einen stummen Bückling dem jungen Manne zu fernem Wohlwollen.“

„Seh' hin, altes Sieb“, sprach Dagobert, ihm auf die Schulter klopfend: „Deiner Faust und Deinem guten Willen vertraue ich gerne; keineswegs aber Deiner plauderhaften Zunge, die im Trunk und Abergwitz Dein eigen Seelenheil an den Teufel verschwagt.“

Nachdem der Dide hinweggegangen, um sich in den großen Christoph zu verwandeln, setzte sich Dagobert gedankenvoll an den Tisch, stützte den Kopf in die Hand und überlegte, was zentnerschwer auf seinem Herzen lastete. Sein tiefes Nachdenken löste sich endlich in ein unzusammenhängendes Selbstgespräch auf.

vor der Herrschergewalt in Staub kriechen, um dieselbe der Wahrung und Förderung ihrer Sonderinteressen geneigt zu machen; die Befehle und Pfleger eines elenden Nationaldunkels, der den Sieg völkerverbindender Humanität verhindert; die Bestürmer und die Repräsentanten geschäftiger Klassenjustiz, die das Rechtsbewußtsein des Volks empfindet; die Vertheidiger und Förderer der Polizeiallmacht, des polizeistaatlichen Regiments, das keine Freiheit duldet; die Wortführer und Anhänger der verruchten Idee, daß der arbeitenden Klasse das Vereins- und Versammlungsrecht, das Koalitionsrecht, das Reichstagswahlrecht, das Recht der Freizügigkeit genommen werden müsse um der „Ordnung“ willen; die Gegner einer guten Volksschulbildung, die da meinen, je dümmere der Arbeiter sei, je mehr taugere er für das herrschende System; die religiösen Frontisten, die Muder und Bruchler, die das Volk der Vormundschaft der Kirche unterwerfen wollen, um es an freigeistiger Erkenntnis zu hindern — sie alle bilden ein Heer von inneren Feinden, sie alle bethätigen sich als Feinde des Volkes!

Alles in Allem: Die Mächte der Reaktion mit all den Sonderinteressen, welche sich ihr verbinden, sie sind der

### innere Feind,

der dem Volke nicht gönnt, was des Volkes ist und gegen den deshalb die Elemente, die das Volk, die große Mehrheit der Nation, bilden, die Millionen der ehrlich Arbeitenden, energig Front machen müssen. Am Tage der Reichstagsneuwahlen sollen sie das Urtheil sprechen dem

### inneren Feind!

## Am 1. und 2. Juni.

Berlin. Wegen Durchstechereien mit Gefangenen ist am Sonnabend in Berlin der Gefangenenaufseher Roth vom Gefängnis Plötzensee zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Er hatte gegen Belohnung an Gefangene Schwaaren u. s. w. befördert, auch Briefe von Gefangenen auf die Post besorgt. Die bürgerliche Presse ist empört über die in dem Prozeß enthaltene „Korruption“. Wir meinen, daß zu sittlicher Entrüstung absolut kein Anlaß ist. Der Gerichtspräsident hat bei Verkündung des auf schwere Zuchthausstrafe lautenden Urtheils als strafverschärfend betont, daß der Angeklagte, dessen Treiben an sich gewiß nicht befähigt werden darf, keinerlei Noth gelitten habe. Nun, über den Begriff des Nothleidens gehen die Ansichten ja sehr auseinander. Der nothleidende Agrarier, der einen Sohn „bei die Erde“ stondegemäß zu unterhalten hat, wird ja gewiß niemals zugeben, daß der kindergelegnete Fabrikproletarier mit 15 Mk. oder 20 Mk. Wochenlohn Noth leide, selbst bei den heutigen Getreidepreisen nicht. Vielleicht hat auch der Landgerichtsdirektor gemeint, daß ein gewöhnlicher Unterbeamter verhältnismäßig ganz gute Tage verleihe. Aber sehen wir uns einmal die Sache rein menschlich an. So ein Mann hat die besten Jahre seines Lebens beim Militär verbracht. Nach etwa zwölf Jahren winkt ihm die Jivivorkomung. Wie sieht es damit aus? Das Schicksal des jetzigen Zuchthauslers Roth bildet eine drastische Antwort auf diese Frage. Elf Jahre lang hatte er brav und treu als Soldat und Unteroffizier gedient, und als Anerkennung seiner Pflichterfüllung erhielt er, der als Gaujvalide, als Krüppel abging, dann die „Verdienstgasse“ und eine Stelle als Hülfsaufseher, die mit beaaren 900 Mk. bezahlt

wurde. Zulezt hatte er freie Dienstwohnung, die vielleicht auf 200 Mk. einzuschätzen ist und 1100 Mk. Baargehalt. Doch die Sache hat noch eine andere, ebenso wichtige Seite. Wie kommt es, daß die Gefangenen über deren Angehörige Alles daransetzen, um ein Stück Butter oder ein Bißchen Butter in's Gefängnis gelangen zu lassen und daß sie dafür den Aufsehern unverhältnismäßig hohe Belohnungen zahlen? Das ist einfach die Folge der elenden Kost, die in preussischen (und fast allen deutschen) Gefängnissen gegeben wird. Und was den Briefschmuggel anbelangt, so würde er sofort aufhören (und damit auch die gefährliche Korrespondenz), wenn man den Gefangenen das Recht gewährte, mit ihren Angehörigen und Freunden nach Belieben schriftlich zu verkehren. Aber das ginge ja gegen den heiligen Bureaukratismus!

## Stadesamtliche Nachrichten.

Vom 1. bis 7. Mai 1898.

### Geburten.

- a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.  
21. April. Kaufmann Rudolph Christian Friedrich Schmachtel.  
26. Arbeitermann Friedrich Carl Heinrich Wulf. 27. Zimmergehilfe Carl Wilhelm Krause. 30. Schneidergehilfe Stephan Treiser. Arbeitermann Wilhelm Johann Heinrich Peter Knadt.  
1. Mai. Arbeitermann Wilhelm Carl Johannes Bloß. Tischler Ludwig Kinns Steen. Arbeitermann Johann Joseph Christian Rie. Bureau-Affkenti Emil May Froberg. Gastwirth Hans Sophus Padradt. Kaufmann Leonhard Johannes Theodor Frost.  
2. Privatmann Heinrich Gustav Adolf Daxer. Köchschlicher Joh. Joseph Hurlach Wulf. 3. Arbeitermann Robert Peter Josina Alwerl. Arbeitermann Johann Carl Friedrich Dabergott. 4. Straßenbahn-Wagenführer Johann Nicolaus Böben. 5. Schlossergehilfe Carl Friedrich Christian Dornhub.  
b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.  
30. April. Dabeanstaltsbesitzer Carl Walter. 27. Gelbziehergehilfe Hermann Paul Julius Scholz. Cigarrenmacher Hermann Reichel. 29. Geschäftsführender Carl Heinrich Ferdinand Louis Heise. 30. Postamt Johann Heinrich Christian Neuhm. Kaufmann Johannes Christian Georg Hohenhilt. 1. Mai. Malergehilfe Friedrich Heinrich Christian Ditzke. Haf- und Wagenschmied Nicolaus Hinrich Lantke. 2. Lehrer Georg August Bernhard Schmidt. Schlossergehilfe Hans Heinrich Wilhelm Schwarz. Väcker Heinrich August Christian Deutschmann. Arbeitermann Ernst Joh. Friz Joachim Schlichte. Arbeitermann Friz Johann Joseph Friz Arbeitermann Hermann Carl Friedrich Endmann, Wilhelmshöhe. Tischlergehilfe Carl Christian Ströh.

### Sterbefälle.

30. April. Schiffszimmermann Johann Peter Heinrich Heitmann, 65 J. Arnold Karl Friedrich Wulf, 2 M. Paula Johanna Louise Köpfe, 1 J. Schlachter Gustav Christian Heinrich Wulf, 55 J. Arbeitermann Jacob Bernhard Nicolaus Schröder, 75 J. 1. Mai. Rentier Heinrich Dellew Friedrich Carl, 59 J. Kattionator Heinrich Schmitt, 55 J. Heizer Admas Joachim Peter Knadt, 38 J. Carolina Catharina geb. Garve, Ehefrau des Knadts, 38 J. Christiana Catharina geb. Greve, Ehefrau des Knadts, 38 J. Friedrich Christian Wilhelm Greier, 79 J. Hausunternehmer Friedrich Ludwig Johann Kolbow, 49 J. Otto Theodor Christian Tonagel, 4 M. 2. Elise Auguste Adelheid geb. Habler, Wittwe des Postunterbeamten Friedrich Johann Christian Karl Nachow, 38 J. Maria Elisabeth geb. Gohdrecht, Wittve des Arbeitmanns Hinrich Friedrich Carsten, 75 J. Dorothea Char. Lotte geb. Michelmann, Ehefrau des Kaufmanns Carl Westmann, 66 J. Elise Ella Linke, 1 J. 6 M. Ein Knabe, 1 Tag, 8. Arbeitermann Johann Joseph Christian Rie. Pastor emer. Joh. August Friedrich Wälte, 81 J. Juliana Charlotte Johanna geb. Ademann, Wittve des Arztes Dr. med. Christian August Werber, 75 J. 2. Johanna Bertha Luise Meise, 9 M. Margaretha Catharina geb. Schilt, Ehefrau des Eisenbahn-Wagenschleibers Joh. Heinrich Friedrich Schmor, 35 J. Schneidergehilfe Franz Louis Freund, 55 J. Hans Gottfried Julius Miens, 10 M. Friedrich August Syha, 4 J. Johanna Dorothea Charlotte Frenz, 16 J. Wilhelm Friedrich Karl Holz, 4 M. 4. Anna Catharina Elisabeth geb. Koppelman, Ehefrau des Dienstmannes Hans Hinrich Peter Schaeper, 51 J. Doris Luise Sophie Steffens, 10 J. Arbeitermann Johann Friedrich Albrecht, 55 J. 5. Emil Martin Carl Hages, 6 M. Luise Maria Dorothea geb. Bardentau, Ehefrau des Trägers Johann Joachim Friedrich Koods, 64 J. 6. Arbeitermann Heinrich Christian Feldmann, 65 J. Gsanden in der Erabe: Die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen

einer Stunde warre ich hier auf die Gnade, vor den glorreichen Herzog gelassen zu werden. Die Diener sind nicht zu meinen Diensten, obgleich ich wurde hierher geschieden, und ich bin nicht genug froh, um zu dringen ohne Anjage in das Gemach des vornehmen Fürsten von Tyrol. Eurer Huld, ebeigesinnter Herr Ritter, empfehle ich mich; man gelangt ja durch Fürsprache in den Himmel, warum nicht durch ein gutes Wort vor einem Fürsten. Ihr seid einer von dessen Bertrauten; das sagt Euer Gang und Eure Unbefangenheit, macht mich durch Eure Gnade zu Eurem Schuldner.“

„Ueberrüssiges Geschmeißel!“ brummte Dagobert. „Du willst, ich soll dem Herzog Deine Anwesenheit melden. Wie kann ich Dich?“

„Vor den Gewaltigen haben wir keinen Namen als den des Knechts“, antwortete der Jude. „sagt nur, ich sei der Wechsler, der gestern geschieden wurde.“

Dagobert zuckte die Achseln, und ging zum Herzoge hinein. Der Herrende zählte indessen zum zehnten Male die Steine, mit welchen der Boden des Gemachs geplattet war. Bald kam jedoch der junge Mann wieder heraus.

„Sch' hinein, Jude!“ sprach er kurz, und schob den in Dankfugungen und Verbeugungen Bögernden in die Thüre, welche er, draußen verbleibend, hinter ihm schloß.

Der Herzog saß am obern Ende des Gemachs auf einem Polsterfessel, schien gerade von einem kleinen Schlummer erwacht zu sein, und fraute seinem Jagdhund hinter den Ohren.

Die Hücklinge, mit denen der Eintretende den Kopf beinahe zur Erde neigte, machten einen mißfälligen Eindruck auf den Fürsten.

„Laß die Hosen!“ sprach er hart, „ich verlange die Ehrfurcht eines Menschen, nicht eines Hundes. So sehr ich Dir Dank weiß, daß Du mich nicht in meinem Betsperchlaße gestört hast, so wenig billige ich solche

Gefüchle.“ 6. Kaiserl. Ober-Telegraphen-Affkenti a. D. Wilhelm Joh. Joach. Hecht, 64 J. Schlosser Georg Carl Heinrich, 67 J. Catharina Maria Sophia geb. Frank, Ehefrau des Arbeitmanns Hinrich Christian Mathias Daxer, 44 J. Rentier Ernst Franz Christian Wendel, 56 J. 7. Metta Friederike Henriette geb. Steinfeldt, Ehefrau des Hausangestellten Johann Heinrich Friedrich Meyer, 28 J. Hans Joachim Heinrich Otto Berg, 3 M.

### Wingardmete Aufgebote.

2. Mai. Träger Hans Heinrich Lüttjohann und Johanna Catharina Auguste Portmann. Arbeiter Hermann Heinrich Johannes Lembke und Bertha Charlotte Lisette Pöhl. Steinhauer Ernst Johann Heinrich Grede und Mina Anna Dorothea Gierok. Tischlergehilfe Heinrich Franz Theodor Polster und Annette Kaiser. Arbeiter Joseph Hohmann zu Oldenburg i. Holst. und Anna Charlotte Petersdotter zu Schmiedel. Arbeiter Joachim Heinrich Ernst Haase und Catharina Maria Elisabeth Dierck zu Herrsburg. 3. Kaufmann Theodor Friedrich Adolph Dohrn zu Hamburg und Eba Emma Wilken. Arbeiter Friedrich Christian Adreas Heitling und Johanna Auguste Schmidt, beide zu Streckwitz. Rechtsanwältin und Notar Joachim Friz Sojous zu Heide i. Holst. und Caroline Emma Wilhelmine Clara Schröder. Hausdiener Wilhelm Heinrich Friedrich Schindt und Johanna Maria Friederike Effinger. Maler Emil Friedrich Wilhelm Lorenz und Caroline Christiane Geber. Laster Gottfried Heinrich Carl Erhate und Maria Catharina Dorothea Döhre. Träger Johann Peter Wilhelm Hundt und Catharina Maria Caroline Rod zu Hof Stove. 4. Schmiedegehilfe Carl Friedrich Hermann Knop und Helene Catharine Marie Heinrich. Arbeiter Joachim Friedrich Heinrich Nobbrau und Catharina Magdalena Hedmann. 5. Arbeiter Ludwig Friedrich Heinrich Dicker zu Gaarden und Wilhelmine Sophia Friederike Poruhagen. Dampfschiffsmaschinist Wilhelm Heinrich May Michaelis am Dord des Dampfers „Concurrent“ und Johanna Sophia Caroline Plagemann. Schreiber am Polizeiamt Wilhelm Friz Theodor Warnde und Franke Louise Amalie Jacobs. Steinmetz Carl Wilhelm Hermann Otto Niebold und Albertine Pauline Charlotte Elisabeth geb. Auguste Boldt. Schuhmacher Carl Hans und Wilhelmine Henriette Christine Nabin. Schlosser Gustav Hermann Friese und Rosa Georgine Schreiber zu Hamburg. Umbinder Hermann Johann August Groth und Emma Schand. Buchhalter Richard Ernst Carl Richter zu Wilhelmshaven und Catharina Maria Elisabeth Meyer zu Wolgast. 6. Bergschmelzer Ernst George Oshoff zu Eiktrin und Caroline Schoen. Schankwirth Johann Heinrich Ludwig Wulf und Maria Auguste Wilhelmine Wölchle. Kaufmann Adolph Goldschmidt und Bonnette Lyon zu Hamburg. 7. Privatmann Carl Julius Bernhard Desevrenge zu Strahburg i. E. und Maria Lucia Caroline Köhr. Hadergehilfe Max Richard Oskar Fels und Catharine Christine Caroline Riwe zu Dammersdorf. Hadergehilfe Gustav Carl Hermann Kott und Bertha Charlotte Dorothea Stender zu Harnsdorf. Schmied Heinrich Friedrich Carl Factow und Elise Irma Drogis.

### Eheschließungen.

3. Mai. Senator und Kaufmann Emil August Wilhelm Wolpmann und Johanna Frieda Carolina Stem. Schahmacher Emil Oswald Schreiber und Christiana Catharine Johanna geb. Helene Hamann. Schiffskapitän Christoph Friedrich Heinrich Drocoll und Martha Theresie Henke. Buchhalter Johann Heinrich August Eioos und Louise Frieda Christine Maria Johanna Hult. 4. Gärtner Johann Joseph Christian Strund und Catharina Dorothea Henriette Meyer zu Kempelndorf. 5. Eisenbahn-Bureau-Affkenti Ernst Gustav Neumann und Anna Maria Dorothea Koefod. Auditor Carl Wilhelm Max Stöter zu Hohenstein-Ehrsthal und Minna Charlotte Emilie Schlegel. 6. Arbeiter Heinrich Johannes Peter Schramm und Friederike Henriette Catharina Kahl. Maler Heinrich Ludwig Peter Hennel und Minna Sophie Dorothea Meta Maria Leopold. Raurergehilfe Heinrich Carl Dösch und Sophia Catharina Auguste Schmidt. Zimmergehilfe Julius Haelle und Maria Christiana Katharina Hombolt. Schlossergehilfe Friedrich Gustav Johannes Spedhahn und Charlotte Margarethe Franziska Franzen. Arbeiter Johann Admas Joachim Adolf Eggers und Catharina Bertha Luise Klafak zu Schmiedel. Musiker Carl Heinrich Ernst Möller und Johanna Margarethe Luise Fargan. Arbeiter Carl Heinrich Friz Johannes Schmidt und Marie geb. Auetich, des Schneiders Otto Emil Adalbert Hampf geschiedene Ehefrau. Note am Polizeiamt Johann Heinrich Minis und Martha Luise Ingeborg Boldt. Arbeiter Gustav Adolf Heinrich Meyer und Dorothea Elisabeth Helene Mißku. 7. Schlossergehilfe Carl Dellew Löwe und Luise Johanna Margaretha Anna Herbf. Arbeiter Adolf Carl Friedrich Döck und Catharina Maria Caroline Wegner. Arbeiter Joseph Martinat und Sophie Anne Christiane Stark zu M. Sarau. Arbeiter Carl Johannes Heinrich Kelling und Johanna Wilhelmine Elise Ohing. Arbeiter Johann Christ. Ludwig Heinrich Gotthard Kriganz und Anna Elise Catharina Elisabeth Jäger. Schlossergehilfe Paul Richard Reinhold Selchow und Wilhelmine Paulowitsch. Tischler Johann Friedrich Adolph Aliver und Dorothea Louise Caroline geb. Habel, des Hausdieners Georg Wilhelm Anton Bierck geschiedene Ehefrau.

„Wird es gelingen?“ fragte er sich leise und schen, als ob er die zuhorchenden Mauern zu fürchten hätte: „Vieher Gott! wird es denn erfüllt werden, was von drei redlichen Männern beschlossen wurde? Wenn es Tugend ist, das Recht von dem Joch einer meineidigen Gewalt zu befreien, dann muß ja auch der Segen von oben uns beschirmen.“

„Wehe unserer Zeit, daß wir im Verborgenen schleichen müssen, das Gute zu thun. Darf ich aber auch ganz ruhig sein? Sündige ich nicht wider mein Gewissen und den Staat, den ich erwählen muß? Nicht gegen meines fürstlichen Fremdes, des Herzogs, Ansichten und Glauben? O nein, gewiß nicht, mein Herz ist ruhig und Friedrich würde dasselbe thun. Fort, zu ihm, um aus seinem geraden Blick Festigkeit zu saugen und Beharrlichkeit zu dem Werke eines Mannes, eines Deutschen vor allem würdig!“

Da er in des Herzogs Hof eintrat, schaltte ihm das frohe Getümmel der zahlreichen Dienstkente entgegen, an welche die Freigebigkeit des Fürsten zum Eintritt in die Fastnacht einen verschwenderischen Besperkmal gespendet hatte. In Küche, Vorplatz und den untern Gemächern des Hauses lagen und saßen die Bedienten umher, und ließen sich den Seemein munden, der in Strömen aus den aufgezogenen Tässern floß. Treppen und Vorgemächer waren leer von Dienern.

Dagobert, ein gewohnter Gast, schritt fest auf des Herzogs Zimmer zu, da gewahrte er in der Ecke der Trabantenkammer einen Menschen, den einzigen hier athmenden. Der erste Blick auf den Wartenden ließ den Juden nicht verkennen, sowie dessen langer schwarzseidener Rock mit gelbem Futter und Aufschlag den Reichen ankündigte.

Der Jude, ein zerkertes, bleiches Gesicht, näherte sich demüthig dem stehenden Jüngling.

„Guter, junger Herr,“ sprach er, „seit länger denn

Ben David zuckte schweigend die Achseln, und verbeugte sich. Der Herzog blickte ihn scharf an und schlug alsdann erkannt die Hände zusammen.

„Jesus Christus!“ rief er, „wer hat Dich denn also zugerichtet, Jude, daß Dein Gesicht aussieht wie ein zerkerter und kümmerlich zusammengewürkter Turnierhandschuh? Das nenne ich eine Narbe, wie man sie auf dem besten Schlachtfelde holen kann, obschon Du sie da nicht holtest.“

„Ach, gnädigster Herr,“ erwiderte Ben David mit bewegter Stimme, „auf dem ehrenvollsten habe ich diese Narbe erhalten; im Kampfe für meine Ehre, und Ihr, großmüthiger Fürst,“ hier warf sich der Jude weinend zu Friedrichs Füßen, „Ihr mühtest mich an diesem Denkzeichen erkennen, wenn ein Sohn Israels werth wäre der Erinnerung.“

(Fortsetzung folgt.)